

## Pressespiegel vom 15. bis 17.01.2011

### **Morgenpost, Ausgabe Dresden**

#### **13. Februar: Linke wollen zweite Menschenkette**

Sachsens Linke wollen eine zweite Menschenkette rund um den 13. Februar. Die Partei- und Fraktions-Chefs Rico Gebhardt und André Hahn forderten jetzt Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) auf, Menschenketten am 13. und 19. Februar zu unterstützen. Da der Jahrestag der Zerstörung Dresdens (13. Februar) auf einen Sonntag fällt, mobilisieren die Nazis auch für den 19. Februar. Es steht zu befürchten, dass der große Nazi-Aufmarsch am 19. Februar erfolgt. Deshalb sollen an beiden Terminen Menschenketten Dresden schützen.

Zudem fordern die Linken, dass Frau Orosz alle rechtlichen Mittel prüfen soll, den Nazi-Marsch zu unterbinden.

---

### **Dresden Neuesten Nachrichten**

#### **13. Februar - Bundesweite Aufrufe zu Protesten**

**Berlin/Dresden** (dpa/epd). Gegen die geplanten Aufmärsche von Neonazis am 13. und 19. Februar in Dresden formiert sich weiter parteiübergreifend Widerstand. Gestern riefen auch die Berliner SPD und die nordrhein-westfälische Landesgruppe der Linken im Bundestag zu Gegendemonstrationen auf. Das Dresdner Bündnis „Nazifrei“ startete eine bundesweite Plakataktion.

Die Berliner sollten sich an den Protesten in Dresden beteiligen, erklärten SPD-Chef Michael Müller und Jusos-Chef Christian Berg, Die Linken aus NRW sprachen sich für eine Teilnahme an Massenblockaden aus. Sachsens Linke ermutigten die Stadt Dresden, bereits im Vorfeld alle rechtlichen Mittel im Zusammenhang mit den Aufmärschen zu prüfen.

Dresden war am 13. und 14. Februar 1945 bei Bombardements der Alliierten zerstört worden. Daran wollen Neonazis wie in den Jahren zuvor auch dieses Mal wieder erinnern. Geplant sind Aufmärsche am 13. und 19. Februar. 2010 hatten sich mehrere Tausend Menschen den Neonazis entgegengestellt, die deshalb nicht wie geplant durch Dresden laufen konnten. Politiker der Linken sollen sich deshalb wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verantworten. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft ihnen vor, eine genehmigte Kundgebung der Rechtsextremen blockiert zu haben. Betroffen sind die Fraktionschefs der Linken in den Landtagen von Sachsen, Thüringen und Hessen.

Die Dresdner CDU sprach sich gestern erneut gegen die politische Instrumentalisierung des Gedenkens an den Luftangriff aus. „Die Rechtsextremisten sollten diese Stadt endlich in Ruhe lassen, der Geschichtsrevisionismus ist absolut unnötig und wird auch in keiner Weise von der Dresdner Bevölkerung unterstützt“, erklärte CDU-Kreischef Lars Rohwer. Zugleich kritisierte er die Grünen, die auch

den Umgang mit dem Gedenktag hinterfragen. „Statt Besserwisserei sollte die Dresdner Gedenkkultur von den Grünen akzeptiert werden“, sagte Rohwer.

Mit einer bundesweiten Plakataktion hat das Dresdner Bündnis „Nazifrei“ am Dienstag zur Teilnahme am Protest gegen Rechtsextremismus am 13. und 19. Februar in der sächsischen Landeshauptstadt aufgerufen. Die menschenverachtende Ideologie der Neonazis müsse auf konsequenten Widerstand engagierter Bürger treffen, hieß es zum Auftakt in Dresden.

Dem Bündnis „Nazifrei - Dresden stellt sich quer“ gehören nach eigenen Angaben Gewerkschaften, demokratische Parteien, Jugend- und Studentenverbände sowie antifaschistische und zivilgesellschaftliche Gruppen an. Stadtvertreter und Kirchen haben für den 13. Februar erneut eine Menschenkette angekündigt, mit der symbolisch die historische Innenstadt geschützt werden soll.

---